

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und
Konsumenschutz
zH Mag. Manfred Pallinger

per E-Mail: margarethe.grasser@bmask.gv.at

Cc: begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Unser Zeichen:
Mag. Off/Na

Ihr E-Mail vom:
27.10.2010

Ihr Zeichen:
BMASK-
40101/0017-
IV/2010

Wien, 17. 11. 2010

**Betrifft: Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Bundespflegegeldgesetz, das Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz
und das Bundesbahngesetz geändert werden; Budgetbegleitgesetz
2011-2014**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Österreichische Ärztekammer dankt für die Einladung zur Stellungnahme zu dem im Betreff ausgewiesenen Entwurf und erlaubt sich wie folgt festzuhalten:

Eine Verschärfung der Kriterien zum Zugang zu Pflegegeld der Stufe 1 und 2 kann eine größere Armutsgefährdung der betroffenen Familien bewirken, da unserer Auffassung nach entgegen der Darstellung in den Erläuterungen schon die bisher ausbezahlten Summen keineswegs den Bedarf an Pflegeleistung decken.

Jede Verschlechterung in diesem Bereich kann zu einer Verschlechterung der Versorgung und damit möglicherweise zu einem rascheren Zunehmen höherer Pflegebedürftigkeit führen, die in der Folge mehr Kosten verursacht als es bei einem niederschweligen Zugang der Fall wäre.

Die Österreichische Ärztekammer ersucht um Berücksichtigung ihrer Ausführungen
und verbleibt

mit freundlichen Grüßen



MR Dr. Walter Dörner
Präsident